

Reformgruppen fordern von Bischöfen echten Dialog

Paderborn (KNA) Vor der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz hat die Kirchenvolksbewegung an die katholischen Bischöfe appelliert, mit dem Dialog ernst zu machen und sich für Reformen einzusetzen. Die Kirche stecke in der Sackgasse; wenn es jetzt nicht zu Reformen komme, werde sich die Welle der Kirchengläubigen fortsetzen, sagte der Sprecher der Initiative «Wir sind Kirche», Christian Weisner, am Montag in Paderborn. Er verwies darauf, dass mittlerweile mehr als 60.000 Menschen unterschiedliche Reformaufrufe unterzeichnet hätten. In ihnen werden unter Berufung auf ein Memorandum von mehr als 300 Theologieprofessoren konkrete Reformen in der Kirche gefordert, darunter die Abschaffung des Pflichtzölibats, eine stärkere Beteiligung der Gläubigen an innerkirchlichen Entscheidungen sowie ein Überdenken der kirchlichen Sexuallehre und der Machtstrukturen in der Kirche.

Weisner sagte, diese Fragen brennten der großen Mehrheit der Katholiken auf den Nägeln. Die Bischöfe dürften sie nicht als nachrangig abtun. «Die Gotteskrise darf nicht zum Vorwand genommen werden, die Kirchenkrise als belanglos darzustellen.» Weisner begrüßte den vom Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, im Herbst angekündigten Dialogprozess. Bislang allerdings sei nichts passiert; die Bischöfe seien offenkundig sprachlos und handlungsunfähig.

«Wir sind Kirche» und weitere kirchliche Reformgruppen wollen zum Eröffnungsgottesdienst der Vollversammlung am Montagnachmittag eine Mahnwache auf dem Paderborner Domplatz halten. Auch eine Gegeninitiative will in Paderborn Gehör bei den Bischöfen finden: Als Reaktion auf das Theologen-Memorandum hatten konservative Kreise eine «Petition Pro Ecclesia» veröffentlicht, die mittlerweile nach eigener Darstellung von mehr als 12.000 Katholiken unterzeichnet wurde. Darin werden die Bischöfe aufgefordert, den Zölibat in seiner heutigen Form zu erhalten und Aufweichungstendenzen unter katholischen Theologen entschieden entgegenzutreten. Am Rande der Vollversammlung wollen am Montagnachmittag auch Vertreter von Missbrauchsoptionen aus kirchlichen Einrichtungen gegen den bisherigen Kurs der Bischöfe bei der Aufarbeitung des Missbrauchsskandals demonstrieren. Sie wollen mit einer Mahnwache insbesondere gegen die ihrer Meinung nach «lächerliche» Entschädigungssumme von rund 5.000 Euro protestieren, die die katholische Kirche den Opfern angeboten hat. Darüber hinaus bezeichnen sie das Verfahren der Aufarbeitung und Opferentschädigung als intransparent.

<http://www.liborius.de/nachrichten/ansicht/artikel/reformgruppe-1.html>

Zuletzt geändert am 07.04.2011